

INHALT

RECHTE SZENE	2
Gedrängel am Rand	2
<i>Zur Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen bewerben sich im rechtsextremen Spektrum die „pro“-Gruppen, die NPD, die DVU und die Republikaner.</i>	
Immobilienpoker	3
<i>Neonazis besetzen leer stehendes Hotel in Faßberg in der Lüneburger Heide – Pächter Jürgen Rieger hat angeblich Kaufinteresse.</i>	
Begrenzte Aussichten	4
<i>Bei der Landtagswahl in Brandenburg konkurriert die NPD mit einer neu ausgerichteten DVU, die für bürgerliche Schichten wählbarer werden will. Auch freie Wählergruppen, bei denen zum Teil frühere Republikaner und Schill-Funktionäre mitmachen, wollen antreten.</i>	
AUSLAND	5
„Angriff auf Pakis“	5
<i>Britischer Neonazi plante Gewaltverbrechen.</i>	
Unerwünschte Partner	6
<i>Ein Großteil der rechtsextremen Abgeordneten aus verschiedenen Ländern im neu gewählten Europarlament ist heute noch fraktionslos.</i>	
Fehlende Abgrenzung	7
<i>Bei den österreichischen „Freiheitlichen“ finden sich zahlreiche Anhaltspunkte, um sie als eindeutig rechtsextrem einzustufen.</i>	
VERFASSUNGSSCHUTZ	9
Leichter Abwärtstrend	9
<i>NPD Sachsen-Anhalt verliert Mitglieder – Landespartei und JN bleiben aber Dreh- und Angelpunkt der Szene in dem Bundesland.</i>	
BLICK IN DIE ZEITGESCHICHTE	10
Späte Erinnerung	10
<i>Die Ausstellung „Vergessene Rekorde“ im Centrum Judaicum widmet sich dem Schicksal von jüdischen Sportlerinnen in der NS-Zeit.</i>	
MELDUNGEN	11

RECHTE SZENE

Gedrängel am Rand

Zur Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen bewerben sich im rechtsextremen Spektrum die „pro“-Gruppen, die NPD, die DVU und die Republikaner.

Von einem flächendeckenden Antritt sind die nordrhein-westfälischen Parteien der extremen Rechten bei der Kommunalwahl Ende August klar entfernt. Aber: Die Rechtsausleger von Rhein und Ruhr werden in mehr Städten und Kreisen auf den Stimmzetteln stehen als noch 2004.

Die rechtspopulistischen Gruppen „pro Köln“ und „pro NRW“ kandidieren in vier Großstädten, vier Landkreisen und vier kreisangehörigen Kommunen. Schwerpunkt ist das Rheinland unter anderem mit Köln, Bonn, Leverkusen, dem Rhein-Erft-Kreis, dem Rhein-Kreis Neuss, dem Oberbergischen Kreis und dem Rheinisch-Bergischen Kreis. Darüber hinaus treten die Rechtspopulisten in einer Ruhrgebietsstadt (Gelsenkirchen) und einer ostwestfälischen Kleinstadt (Lemgo) an. Gescheitert ist „pro NRW“ mit dem Versuch, auch in Essen und dem Rhein-Sieg-Kreis zu kandidieren. Etwa 2,5 der 14 Millionen Wähler in NRW werden eine der „pro“-Gruppierungen auf ihren Stimmzetteln finden.

Breiter aufgestellt scheint auf den ersten Blick die NPD zu sein, die Kandidaturen in neun von 31 Kreisen, neun von 23 kreisfreien Städten sowie 18 Kleinstädten ankündigte. Ihre Schwerpunkte sind vor allem im Ruhrgebiet, unter anderem mit Dortmund, Bochum und Essen, und im Rheinland zu finden. Rein rechnerisch würde die NPD jeden dritten Wähler erreichen können, hätte man ihre vollmundigen Bekundungen für bare Münze genommen. Doch an manchen ihrer Kandidaturen war der Lack schnell ab. Beispiel Köln, wo die NPD für alle 45 Wahlbezirke Kandidaten benannt hatte. Am Ende konnte sie lediglich in vier Bezirken die formalen Voraussetzungen erfüllen. Nicht auf den Stimmzettel zu finden sein wird auch NPD-Oberbürgermeisterkandidat Bruno Kirchner. Genauso ergeht es dem NPD-Landratskandidaten im benachbarten Rhein-Erft-Kreis: Der bekennende Neonazi Axel Reitz konnte statt der erforderlichen 330 Unterstützungsunterschriften lediglich 282 vorlegen. Auch seine Chancen als Listen-Zweiter ins Kreisparlament einzuziehen, sind gesunken, da die Partei es lediglich in 15 der 33

Wahlbezirke schaffte, die Voraussetzungen zu erfüllen. In Dortmund kann die NPD sämtliche 41 Wahlbezirke besetzen, in Essen etwa drei Viertel und in Düsseldorf die Hälfte aller Bezirke.

In Bochum tritt Daniela Wegener, die sich seit mehr als einem Jahrzehnt in Führungskreisen der „parteilosen“ Neonazis in NRW bewegt, auf Listenplatz zwei der NPD an. Und in Oberhausen wurde ein Kandidat mit einem noch längeren Vorlauf im Neonazi-Milieu nominiert: Jürgen Mosler, der für die Bezirksvertretung Alt-Oberhausen kandidiert, tummelte sich bereits vor mehr als zweieinhalb Jahrzehnten in der Neonazi-Szene. Er war in den 80er Jahren in der „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten“ (ANS/NA), der „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front“ (GdNF), dem „Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers“ (KAH) und der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP) aktiv.

Auf dem absteigenden Ast befinden sich in NRW – wenn auch unterschiedlich deutlich ausgeprägt – die DVU und die Republikaner. Zwar schaffen es die Republikaner immer noch, in sechs Großstädten und vier Landkreisen anzutreten. Nicht mehr auf dem Stimmzettel zu finden sind sie jedoch in Köln, Duisburg und Gelsenkirchen, wo ihnen noch 2004 der Einzug in die Räte gelungen war. Im Märkischen Kreis gab es ein unerwartetes Comeback. Auf Listenplatz eins stellt sich erneut Egbert Geiecke zur Wahl. Eigentlich hatte die Republikaner-Landeschefin Ursula Winkelsett seinen Parteiausschluss angekündigt, nachdem sich der „treulose“ Geiecke Anfang 2008 mit dem NPD-Vertreter Timo Pradel zu einer „NPD-Gruppe im Kreistag des Märkischen Kreises“ zusammengetan hatte.

Die DVU tritt Ende August nur noch in Dortmund an – und dort muss sie sich zudem der Konkurrenz durch die NPD erwehren. In Stolberg, wo die „Volksunion“ seit 1999 im Rat vertreten war, reichte es nicht mehr für eine Kandidatur. Das konnte auch ein „Dringender Aufruf“ auf der Homepage des DVU-Kreisverbands Aachen-Heinsberg nicht verhindern, mit dem Kandidaten gesucht wurden. Am Ende half nicht einmal der Hinweis, man benötige für eine solche Kandidatur „keine Vorkenntnisse oder besondere Qualifikationen“.

Tomas Sager

RECHTE SZENE

Immobilienpoker

Neonazis besetzen leer stehendes Hotel in Faßberg in der Lüneburger Heide – Pächter Jürgen Rieger hat angeblich Kaufinteresse.

Seit dem 17. Juli besetzen Neonazis aus dem Raum Celle das leer stehende Hotel Gerhus in der Gemeinde Faßberg, um es im Auftrag von Jürgen Rieger „instand zu setzen und zu pflegen“, wie das NPD-Mitglied Dennis Bührig gegenüber der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“ erklärte. Um hinein zu können, hatten die Neonazis die Schlösser am Eingang aufgebohrt. Bührig begründete das damit, dass Rieger als Pächter den Neonazis „das Hausrecht übertragen“ habe. Die Neonazis stellten Schilder mit der Aufschrift „Betreten verboten“ und „Vorsicht bissiger Hund“ auf.

Der Zwangsverwalter der Immobilie, Rechtsanwalt Jens Wilhelm, bezweifelt die Gültigkeit des von Rieger mit der Erbengemeinschaft H. abgeschlossenen Pachtvertrags. Er hat Strafantrag wegen Hausfriedensbruchs und Sachbeschädigung bei der Staatsanwaltschaft Lüneburg gestellt und einen Antrag beim Amtsgericht eingereicht, um das Gebäude räumen zu lassen. Die zuständige Staatsanwaltschaft soll bereits signalisiert haben, dass sie, ebenso wie Zwangsverwalter Wilhelm, den nur mit 600 Euro dotierten Pachtvertrag als „sittenwidrig“ und zum Nachteil der Gläubiger ansieht. Demnach wäre die rechte Besetzung ein Rechtsbruch. Mit einer endgültigen Entscheidung wird in den nächsten Tagen gerechnet.

2006 begann das Tauziehen um das Landhotel Gerhus in der Lüneburger Heide. Altbesitzer Karl H., Landwirt und Makler aus dem Schaumburger Land forderte rund eine Million Euro für das ehemalige 80-Betten-Hotel mit Schwimmbad. H. soll der rechten Szene nahegestanden haben. Es hieß, er habe Rieger bei einem der neonazistischen Pfingsttreffen im 1998 geschlossenen Schulungszentrum „Hetendorf 13“ kennengelernt. Vorsichtshalber sicherte sich die Gemeinde Faßberg im Herbst 2007 das Vorkaufsrecht. Karl H. war inzwischen verstorben und neuer Ansprechpartner wurde Sohn Rainer H. für die Erbengemeinschaft der Familie. Ein Erfolg schien nahe, als die Gemeinde einen Investor präsentierte, der angeblich über eine halbe Million für das mittlerweile heruntergekommene Gebäude bot, um dort ein Pflegeheim ein-

zurichten. Aber Rainer H. lehnte das Angebot ab. Dann war die Rede von einem Kaufvertrag mit Jürgen Rieger über rund 1,2 Millionen Euro. Die Hängepartie zwischen ernstgemeinten Kaufabsichten und Deal begann von Neuem. Das sind „Mondpreis-Vorstellungen“ zitierte die „Cellesche Zeitung“ (CZ) den empörten Landrat. H. dagegen sah sich als Opfer. Er solle mit einem „niedrigen Kaufpreis“ abgespeist werden, klagte er gegenüber der CZ.

Wenn Rieger wirklich für über eine Million kaufen will, dann hätte der Kauf wahrscheinlich längst über die Bühne gehen können. Hinderlich wäre nur das Vorkaufsrecht der Gemeinde. Diesen Umstand möchte der mehrfache Immobilienbesitzer Rieger wohl umgehen – sofern er wirkliches Interesse hat – und setzt auf eine für ihn günstigere Zwangsversteigerung der Immobilie. Bis dato gilt seiner Meinung nach der Pachtvertrag.

Für einen Deal spricht nicht nur die Tatsache, dass H. senior sich als Makler im Metier auskannte, sondern auch die Information, dass Rainer H. über Kontakte ins rechte Lager zu verfügen scheint. So taucht der Name im Vereinsprotokoll 2004 der „Bauernhilfe e.V.“ auf. Die Bauernhilfe war ein Unterverein des rechtsextremen Collegiums Humanum (CH) und wurde im Mai 2008 gemeinsam mit dem CH verboten. Auch wurde Hs. Auto vor dem Haus von Ursula Haverbeck bei einer Veranstaltung im Schulungszentrum in Vlotho, gesehen. In Unterlüß, nahe Faßberg, lebt zudem eine Bekannte von Rieger, die für ihn versucht, seinen Gebäudekomplex in Hameln als „Luxus-Immobilie“ per Internet zu verkaufen.

Andererseits zeigt der Hamburger NPD-Chef seit Jahrzehnten eine starke Affinität zur Region Lüneburger Heide. Seit der zwangsweisen Schließung seines Zentrums „Hetendorf 13“ hat er sich immer wieder heimlich mit der „Artgemeinschaft“ oder anderen Strukturen dort getroffen. Zuletzt zur Sonnenwende in Niederhaverbeck.

Die Hausbesetzung ist nicht nachvollziehbar. Sie erscheint dennoch wie eine Demonstration der Stärke à la Rieger. Immer wieder provozierte er Kommunen, nicht zuletzt auch die Kreisverwaltung in Verden wegen seines „Heisenhofes“ in Dörverden.

Andrea Röpke

RECHTE SZENE

Begrenzte Aussichten

Bei der Landtagswahl in Brandenburg konkurriert die NPD mit einer neu ausgerichteten DVU, die für bürgerliche Schichten wählbarer werden will. Auch freie Wählergruppen, bei denen zum Teil frühere Republikaner und Schill-Funktionäre mitmachen, wollen antreten.

Der Deutschland-Pakt ist dahin, nicht nur die DVU, sondern auch die rechtsextreme NPD kandidiert zur Landtagswahl in Brandenburg, die zeitgleich mit der Bundestagswahl am 27. September dieses Jahres stattfindet. Die Erfolgsaussichten der NPD schätzen Experten als gering ein. Doch warum tritt die Partei überhaupt an?

Besser hätte es für die NPD gar nicht laufen können. Als der Fußball-Bundesligist Energie Cottbus Anfang Juli dieses Jahres das Freundschaftsspiel bei Germania Storkow südöstlich von Berlin absagte, jubelten die Rechtsextremisten. In den Wochen zuvor hatten sie öffentlich gedroht, sie würden bei dem Spiel aufmarschieren, wenn der Storkower Fußballclub sein Motto „Mit Energie für Toleranz“ nicht ändere. Der Germania-Vorsitzende Johann Kney ließ sich nicht provozieren und blieb dabei.

Dafür sagte der Zweitligist Cottbus ab und schickte ein paar Reservespieler. Aus der Cottbusser Clubspitze hieß es, die Sicherheit sei nicht gewährleistet. Ein anderes Mal behaupteten Vereinsvertreter, sie seien nicht über das Motto informiert worden. Der Landrat von Spree-Neiße, Dieter Frieze (SPD), hatte als Mitglied des Verwaltungsrates gesagt: „Wenn dort NPD-Leute mit Energie-Schal herumlaufen, dann heißt es gleich, unsere Fans seien Neonazis.“

Beobachter der Szene machten einen anderen Grund aus. Demnach hätte Cottbus Angst, dass eigene Fans in Storkow ihre braune Ideologie nach außen zeigen. Denn in Cottbus selbst herrscht eine restriktive Stadionpolitik. Der Zweitligist gehört zu den renommiertesten Unterstützern des Konzeptes „Tolerantes Brandenburg“. Dennoch: Neonazis finden sich auch bei den Cottbuser Fans. Nun war die Furcht groß, dass sie das Auswärtsspiel für sich nutzen.

Die Spielabsage von Cottbus jedenfalls schlachtete Klaus Beier, Landesparteichef und Sprecher der Bundes-NPD, genüsslich aus. Der kalkulierte Skandal ging auf, die Aufmerksamkeit war ihm sicher. Und das in Storkow, wo die NPD bei der Kommunalwahl im Jahr 2008 in manchen Stimmbezirken fast ein Viertel der Stimmen geholt hatte. Germania Storkow habe der Partei in den letzten Tagen einen medialen Wahlkampfauftakt beschert, wie „wir ihn uns nicht besser hätten wünschen können“, sagte Beier. Am Tag nach dem Aufmarsch von 120 Rechtsextremisten am Rande des Fußball-Festes stellte die Partei daher gleich noch ihre Kandidatenliste für den Landtag auf.

NPD braucht die Wahlkampfkostenrückerstattung

Der brandenburgische Landeschef Klaus Beier führt sie an. An zweiter Stelle steht sein Vize Ronny Zasowk, der als Chef der Lausitzer NPD besonders freie Kame-radschaften in die Partei eingebunden hat und Kontakte zur Neonazi-Szene nach Sachsen hält. Zudem hat er ein Mandat im Cottbuser Stadtparlament. Auch die anderen der insgesamt 23 Kandidatinnen und Kandidaten mischen teils in der Kommunalpolitik mit, darunter wie Beier zahlreiche Kreistagsmitglieder. Auch Stella Hähnel, Vize-Sprecherin im Ring Nationaler Frauen ist dabei – auf Platz sechs.

Noch aber sammeln die Rechtsextremisten Unterstützerunterschriften, um zur Wahl zugelassen zu werden. 2000 müssen es sein, für NPD dürfte das erstmal kein Problem sein. Die Wahl am 27. September dann aber schon. Denn in Brandenburg werden Bundestags- und Landtagswahl zugleich abgehalten. Da die Wahlbeteiligung für das Bundesvotum traditionell höher ist als die Abstimmung über das Landesparlament, hoffen Spitzen der demokratischen Parteien, dass die NPD an der Fünf-Prozent-Hürde scheitert. Zwar dürfte sie mehr Stimmen als die DVU bekommen. Doch bei der Kommunalwahl im vergangenen Jahr holten die beiden rechtsextremen Parteien zusammen gerade einmal 3,4 Prozent der Stimmen – bei einer Wahlbeteiligung von nicht einmal 50 Prozent.

Um in den Landtag einzuziehen bräuchte die NPD weit-aus größere Wählerschichten, das Potenzial ist allerdings begrenzt. Neben der DVU wollen auch freie Wählergruppen antreten, bei denen teils frühere Republikaner und Schill-Funktionäre mitmachen.

RECHTE SZENE

AUSLAND

Anti-Islam statt NS-Verherrlichung

Nach Ansicht des Verfassungsschutzes in Brandenburg demonstriert die NPD mit dem Wahlantritt nun, „dass sie ihren Führungsanspruch im rechtsextremistischen Spektrum durchsetzen will“. Schließlich sei dies nur ein Versuch der durch Finanznöte und intern Streit angeschlagenen Partei, Stärke zu zeigen. „Die NPD braucht die Wahlkampfkostenrückerstattung, sie ist sonst bankrott“, sagt Dirk Wilking vom Gemeinweseninstitut demos, das die Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus im Bundesland Brandenburg unterhält.

Politisch bedrohlicher dürfte die neue Ausrichtung der DVU sein, die sich kompatibel mit anderen Rechtsparteien auf europäischer Ebene zeigen will – und wählbarer für bürgerliche Wählerschichten. Statt NS-Verherrlichung und Antisemitismus wird nun auf Anti-Islam gemacht. Da will die NPD lieber Härte zeigen – gegen die Abkehr der DVU von den ideologischen Grundfesten.

„Angstbiss der NPD, um das eigene Fortkommen zu sichern“

Wie wichtig den Rechtsextremisten die Wahl zum Landtag ist, zeigt auch die Mobilisierung Freier Kräfte. Während die NPD in Berlin nach internem Streit und Abspaltungen praktisch nicht mehr arbeitsfähig ist, will die NPD im Flächenland Brandenburg für den Wahlkampf nicht mehr auf die Neonazis verzichten. Besonders auffällig: Beim NPD-Aufmarsch zum Fußballfest in Storkow waren auch bekannte Neonazis aus Berlin, die nach den Querelen dort nichts mehr mit der NPD zu tun haben wollen.

Offenbar hat Beier als Vertrauter des NPD-Bundesvorsitzenden Udo Voigt also den Nerv der braunen Extremisten getroffen: Machtpolitisch wollten sie mit dem Bruch des Deutschlands-Paktes von internen Querelen ablenken. Der Verfassungsschutz nennt es „Angstbiss der NPD, um das eigene Fortkommen zu sichern“. Nach außen geht es um Geschlossenheit und Durchhaltevermögen und darum, Mitglieder und Sympathisanten bei der Stange zu halten. Ein kurzfristiges Ziel!

Alexander Fröhlich

„Angriff auf Pakis“

Britischer Neonazi plante Gewaltverbrechen.

Festgenommen wurde Neil Lewington im Herbst durch einen Zufall. Nachdem er in der Ecke einer Bahnhofoverdachung in der britischen Stadt Lowestoft uriniert und eine Sicherheitskraft, die ihn deswegen zurechtwies, beleidigt hatte, wurde die Polizei gerufen. Bei der routinemäßigen Durchsuchung seines Gepäcks fanden sich in einer Tasche des 43-jährigen arbeitslosen Elektrikers Bauteile für Sprengsätze. Bei der anschließenden Durchsuchung seines Zimmers im Haus seiner Eltern stieß die Polizei auf eine Bombenwerkstatt und zahlreiches rechtsextremes Propagandamaterial. Darunter befanden sich Videos über den „Oklahoma Bomber“ Timothy McVeigh und den Neonazi David Copeland, der 1999 bei drei Anschlägen mit Nagelbomben drei Menschen tötete und zahlreiche verletzte. Gefunden wurde auch ein Notizbuch, das mit „Waffen SS UK members‘ handbook“ betitelt war und neben Anleitungen zum Bau von Chemikalien und Bomben auch Lewingtons Pläne enthielt.

Dort war unter der Überschrift „Angriff auf Pakis“ genau beschrieben, wie in Großbritannien lebende Asiaten in Autos beobachtet und wo in Tennisbällen versteckte Bomben angebracht werden sollten. Lewingtons Ziel waren diejenigen, die er als Nichtbritten ansah, vor allem Menschen asiatischer Abstammung.

Experten sehen eine wachsende Gefahr von rechts: „Es ist ja nicht nur, dass dieser Mann Gewaltverbrechen begehen wollte gegen angebliche Nichtbritten“, sagt Matthew Feldman, ein Sachverständiger aus dem Prozess. „Es gibt auch Beweise dafür, dass sich der Ku-Klux-Klan hier in England einnistet.“ Lewington war nach Ansicht des Gerichts ein Einzeltäter, der keine Kontakte zu anderen in- und ausländischen Rechtsextremisten hatte. Bei seiner Verhaftung habe er allerdings kurz vor einer mörderischen Bombenkampagne gegen Nichtbritten gestanden. Deswegen wurde er vor kurzem wegen des Vorwurfs des Terrorismus schuldig gesprochen. Das Strafmaß wird voraussichtlich im September verkündet werden. Mit einer hohen Haftstrafe, vielleicht sogar lebenslänglich, wird gerechnet.

Peter Nowak

AUSLAND

Unerwünschte Partner

Ein Großteil der rechtsextremen Abgeordneten aus verschiedenen Ländern im neu gewählten Europaparlament ist heute noch fraktionslos.

„Die ‚Teufel‘ der BNP finden sich ohne Freunde in Europa wieder“, titelte der britische „Sunday Herald“. Unter dieser Überschrift berichtet die Zeitung am 21. Juli darüber, dass es den beiden frischgebackenen Abgeordneten der British National Party im Europaparlament bislang nicht gelungen sei, Anschluss an eine Parlamentariergruppe in Fraktionsstärke zu finden. Dafür sind jetzt 25 Abgeordnete erforderlich. In der vorhergehenden Legislaturperiode von 2004 bis 2009 wurden nur 20 gebraucht.

Die rechtsextreme BNP, die 1982 gegründet worden ist, konnte in diesem Jahr erstmals Einzug ins Europaparlament – und überhaupt zum ersten Mal in ein überregionales Parlament – halten, nachdem sie bei der Wahl Anfang Juni 6,2 Prozent der britischen Stimmen erhielt. Dort ist sie schnell aufgefallen, nachdem ihr Parteichef Nick Griffin in einem Interview mit der BBC vom 8. Juli gefordert hatte, die Europäische Union solle – so wörtlich – „einige dieser Boote versenken“, mit denen Migranten aus dem subsaharischen Afrika sich auf oft riskante Weise um Einreise nach Europa bemühen. Dies, so Griffin, werde die anderen vielleicht davon abhalten, die Überfahrt zu versuchen. (http://news.bbc.co.uk/2/hi/uk_news/politics/8141069.stm) Die durch diese Äußerungen ausgelöste „Schockwelle“ löste ein Echo in den meisten europäischen Ländern aus.

BNP-Parlamentarier will Boote von Migranten „versenken“

Die wichtigsten offen rechtsextremen, rassistischen respektive neofaschistischen Parteien im Parlament – unter ihnen die BNP – sind derzeit fraktionslos. Bisher ist es ihnen noch nicht gelungen, genügend Mandatsträger auf einer gemeinsamen Plattform zusammenzubringen, um die Hürde zu überspringen. Deswegen sitzen derzeit die beiden BNP-Europaparlamentarier, Nick Griffin und Andrew Brons, ebenso auf den Bänken der fraktionslosen Abgeordneten wie etwa die drei Repräsentanten des französischen Front National (FN) in Straßburg und

Brüssel: Jean-Marie Le Pen, Marine Le Pen und Bruno Gollnisch. Oder auch die beiden Vertreter der österreichischen FPÖ, Andreas Mölzer und „Regionalexperte“ Franz Obermayr.

Insgesamt finden sich dort 26 Abgeordnete, die bislang noch keiner Fraktion angeschlossen sind. Aber nicht alle von ihnen sind Rechtsextreme, weshalb „die Fraktionslosen“ sich nicht einfach zusammentun können – auch wenn es in der Vergangenheit ungewöhnliche Bündnis-konstellationen gab, um dem Dasein als „fraktionslose Abgeordnete“ zu entgehen. Dieser Zustand bringt so gut wie keine Vorteile, weder Geldmittel und Infrastruktur wie etwa eigene Büros, wie sie zur Fraktionsarbeit zur Verfügung gestellt werden, noch erweiterte politische Mitspracherechte. Vor diesem Hintergrund hatten im Sommer 1999 Emma Bonino und Marco Panella von der (linksliberalen, für ihre Provokationen bekannten) „Radikalen Partei“ aus Italien ein Abkommen zur „technischen Zusammenarbeit“ mit dem französischen Front National abgeschlossen – ohne politische Gemeinsamkeiten, nur um an den begehrten Fraktionsstatus heranzukommen. Dieses Abkommen kam bei ihren eigenen Parteigängern in Italien jedoch ziemlich schlecht an. Im Augenblick dürfte wohl keine politische Kraft im Europaparlament für vergleichbare „technische“ Kompromisse mit der extremen Rechten zur Verfügung stehen.

Die Mehrzahl eint ihr euroskeptisches Profil

Während der 81-jährige FN-Vorsitzende Jean-Marie Le Pen, der seit 1984 im Europaparlament sitzt und dort der dienstälteste Rechtsextreme – und zweitälteste Abgeordnete überhaupt – ist, die Isolation eher gewöhnt sein dürfte, wären die FPÖ-Abgeordneten aus Österreich nur zu gern Teil einer Rechtsfraktion. Doch weder die Fraktion der Konservativen und Reformisten noch die andere Rechtsfraktion jenseits der Konservativ-Liberalen (oder ihrer Mainstreampartei, der Europäischen Volkspartei, EVP) – die Fraktion Europa der Freiheit und Demokratie – wollen bislang mit den österreichischen „Freiheitlichen“ etwas zu tun bekommen, die an ihre Türe geklopft hatten. Ab Herbst dieses Jahres will FPÖ-Vertreter Andreas Mölzer jedoch, so wird er durch „Die Presse“ (Wien) zitiert, „einen neuen Anlauf nehmen“.

Die „Konservativen und Reformisten“ bilden eine Gruppe, die auf Betreiben der britischen Konservativen (To-

AUSLAND

ries) hin gegründet worden ist und 55 Abgeordnete im Europäischen Parlament umfasst. Ihr gehören neben den Briten unter anderem die polnische konservative Ex-Regierungspartei PiS (Recht und Gerechtigkeit) der Brüder Kaczynski, die tschechische „Bürgerplattform“ ODS von Präsident Vaclav Klaus, die protestantisch-fundamentalistische ChristenUnie aus den Niederlanden sowie die belgisch-flämische Liste Dedeker (LDD) an.

Die Mehrzahl dieser Parteien eint ihr „euroskeptisches“ Profil. Hingegen bildet die LDD aus Belgien eine neue rechtspopulistische Formation, die erst 2007 gegründet worden ist und stark auf die Person ihres Anführers zugeschnitten ist. Ihr politisches Profil ist bisher noch verschwommen, aber sie konnte dem rechtsextremen Vlaams Belang, der bei der diesjährigen Europawahl erstmals Boden einbüßte und rund neun Prozent der in Flandern abgegebenen Stimmen verlor, erfolgreich einen Teil seiner früheren Wähler abwerben.

Daneben existiert noch die 30-köpfige Abgeordnetenfraktion Europa der Freiheit und Demokratie, EFD, die über eher rechtskonservatives, ebenfalls „euroskeptisches“ Profil verfügt (vgl. ausführlich bnr 14/09)

Österreichische „Freiheitliche“ klopfen an die Türe

Zu Jahresbeginn 2009 konnten die extrem rechten Österreicher noch Hoffnungen kultivieren. Am 31. Januar und 1. Februar hatte in Wien ein Treffen stattgefunden, das durch die FPÖ ausgerichtet worden war und an dem unter anderem der französische FN, die Dänische Volkspartei DFP, der Vlaams Belang aus Belgien und die bulgarische Ataka-Partei teilnahmen. Ein Europaparlamentarier der dänischen DFP (Mogens Camre) sicherte den übrigen Teilnehmer damals die Hilfe seiner Partei dafür zu, in eine Fraktion gemeinsam mit den Rechtskonservativen vergleichbar der damaligen „Union für ein Europa der Nationen“ – der seine Partei seinerzeit angehörte – aufgenommen zu werden.

Nunmehr gehört die Dansk Folkeparti, DFP, der rechtskonservativen Fraktion EFD an. Hingegen gingen der belgische Vlaams Belang und auch die bulgarische Ataka bislang insofern leer aus, als auch sie derzeit lediglich den Fraktionslosen im Europaparlament angehören.

Bernhard Schmid

Fehlende Abgrenzung

Bei den österreichischen „Freiheitlichen“ finden sich zahlreiche Anhaltspunkte, um sie als eindeutig rechtsextrem einzustufen.

Das „Oberösterreichische Netzwerk gegen Rassismus und Rechtsextremismus“ wirft in einem kürzlich erstellten Dossier der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) Rechtsextremismus vor. Einer der Kernsätze der vierseitigen Veröffentlichung lautet: „Die FPÖ ist von ihrer Propaganda und ihrem darin zum Ausdruck kommenden Gedankengut her keine bloß rechtslastige oder rechtspopulistische, sondern eine eindeutig rechtsextreme Partei. Eine glaubwürdige Abgrenzung zu offen rechtsextremen Personen und Organisationen findet nicht statt. Kennzeichnend ist die Hetze gegen Minderheiten und Andersdenkende.“ Mit dieser Hetze, so hält das „Netzwerk“ im Vorfeld der Landtagswahl in Oberösterreich am 27. September fest, „wird auch der Boden für neonazistische Aktivitäten bereitet“. Dem „Oberösterreichischen Netzwerk“ gehören 53 Vereine aus Kirche, Politik und Kultur an.

Anhand der dokumentierten „Vorfälle“ der letzten Monate belegt das „Netzwerk“, dass ein wesentlicher Teil der rechtsextremen und rassistischen Aussagen und Aktivitäten, die in Oberösterreich getätigt werden, der FPÖ beziehungsweise ihren Unterorganisationen zuzurechnen seien. Mehrere Funktionäre des „Rings Freiheitlicher Jugend“ (RFJ), der FPÖ-Jugendorganisation, waren gleichzeitig im neonazistischen „Bund freier Jugend“ (BfJ; nun: „Junge Aktion“) aktiv. Auf einem RFJ-Aufkleber findet sich der rassistische Spruch „Gemischte Sorte – Zuwanderung kann tödlich sein“.

Der BfJ-Aktivist Harald Haas engagierte sich beispielsweise bei den „Freiheitlichen Arbeitnehmern“ (FA), der FPÖ-Gewerkschaft. In seinem Auto stellte die Polizei eine schwarz-weiß-rote Fahne mit der Aufschrift „Nationaler Widerstand“ sicher. Vor Gericht sagte Haas, dass er „keinen Unterschied zwischen BfJ und FPÖ“ sehen würde. Dem oberösterreichischen FPÖ-Vorsitzenden Lutz Weininger wird der Satz zugeschrieben: „Jede blonde, blauäugige Frau ... braucht drei Kinder, weil sonst holen uns die Törkinnen ein“. Weininger, Mitglied der Wiener Burschenschaft Bruna-Sudetia, war Teilnehmer des

AUSLAND

„Freiheitskommers“ der rechtsextremen Burschenschaft Arminia Czernowitz zu Linz. Weinzingers „besonderes Interesse“ gilt laut eigenem Bekunden „der Erhaltung des Rechts auf eigene Identität der deutschen Österreicher ... und dem Kampf gegen die Bevormundung durch die immer drückender werdende ‚political correctness‘“.

Dem FPÖ-Vorsitzenden Heinz-Christian Strache werfen die „Netzwerker“ vor, in seiner Rede beim FPÖ-Bundesparteitag in Linz die Attacke auf KZ-Überlebende bei einer Gedenkfeier in Ebensee verharmlost zu haben. Die Täter, so Strache, seien „wirklich blöde Lausbuben“. Man solle nicht „Atombomben auf Spatzen werfen“. Daneben habe Strache im Juni bei einer FPÖ-Wahlkundgebung auf dem Steyrer Hauptplatz friedliche Gegendemonstranten als „rote Nazis“ beschimpft.

Früherer VAPO-Aktivist kandidiert für den Gemeinderat

Auf der Liste der Linzer FPÖ für die ebenfalls im September stattfindende Gemeinderatswahl kandidieren Horst Übelacker und Sebastian Ortner. Übelacker, Buchautor des revisionistischen Grabert-Verlags aus Tübingen, war ehemals Funktionär der Republikaner und später Vorsitzender des Witikobundes. Vor einigen Jahren ließ er sich in Österreich nieder. Der Linzer FPÖ-Kader Ortner hieß früher Müllegger und war Aktivist der von Gottfried Küssel geführten Neonazi-Truppe „Volkstreue Außerparlamentarische Opposition“ (VAPO). Mülleggers Name taucht auch in der Adressenkartei der 1992 verbotenen „Nationalistischen Front“ von Meinolf Schönborn auf.

Der 1959 gegründete FPÖ-nahe „Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreibender“ verlangte eine „Notstandsgesetzgebung“, durch die das Parlament sich selbst und die Sozialpartner für den Bereich der Arbeitswelt ausschalteten. Kennzeichnend für die Radikalisierung der FPÖ seien Aktionen wie das Verschicken des FPÖ-Wahlcomics „Der blaue Planet“ an Zehntausende Jungwähler/innen, heißt es in dem Dossier. Der Comic schürt Vorurteile gegen Zuwanderer und stellt einen EU-Vertreter als Schwein dar.

Beim Europawahlkampf tauchten als Unterstützer im Personenkomitee des FPÖ-Spitzenkandidaten Andreas Mölzer auch die bekannten Rechtsextremisten Richard

Melisch und Konrad Windisch sowie der im griechischen Marathia wohnhafte Neonazi Karl Polacek auf. Grabert-Buchautor Melisch ist seit Jahren ein gern gesehener Referent in NPD-Zusammenhängen. Der wegen NS-Wiederbetätigung vorbestrafte Windisch, Dauerkolumnist der NPD-Parteizeitung „Deutsche Stimme“, war Mitbegründer der NS-apologetischen „Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik“.

Der Österreicher Polacek hatte sich 1981 in der niedersächsischen 300-Seelen-Gemeinde Mackenrode niedergelassen. Dort baute er ein Schulungszentrum der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP) auf und avancierte zur Vaterfigur der gewaltbereiten Skinheadszenen in Südniedersachsen. 1991 lieferte Polacek Schlagzeilen, weil zwei Skinheads aus seiner jugendlichen Anhängerschaft in der Sylvesternacht in der Göttinger Vorortgemeinde Rosdorf einen 21-Jährigen niedergestochen hatten. Der Bundeswehrsoldat starb im Krankenhaus. 1992 wurde Polacek, damals niedersächsischer FAP-Landesvorsitzender, wegen latenter Gewaltbereitschaft aus der Bundesrepublik Deutschland ausgewiesen. Von Österreich aus beglückte Polacek dann seine bundesdeutsche Gefolgschaft bis 1998 mit seinem „Braunauer Ausguck“. Im dem primitiv gemachten Hetzblatt wurde Gewalt verherrlicht und der industriell betriebene Massenmord an Juden im Dritten Reich geleugnet. 1999 entzog sich Polacek einer Freiheitsstrafe wegen NS-Wiederbetätigung und ließ sich in Griechenland nieder. 2008 rief Polacek in einem Neonazi-Blättchen „alle jungen Kameradinnen und Kameraden“ auf, der NPD beizutreten. Auch er, der 1985 die NPD als Mitglied verlassen hatte, habe sich entschlossen, ihr wieder beizutreten.

Der oberösterreichische FPÖ-Klubchef Günther Steinkellner bezeichnete die faktenreiche „Netzwerk“-Veröffentlichung als „Pamphlet“ und kündigte eine rechtliche Prüfung an. Steinkellner, Mitglied des Corps Alemannia Wien zu Linz, ist Gelegenheitsautor der rechtsextremen Monatszeitschrift „Die Aula“, die der FPÖ nahesteht. In einem „Aula“-Artikel beklagte Steinkellner, dass es „oft die eigenen Landsleute“ seien, „welche die Bedeutung und den Stellenwert unserer deutschen Identität in engstirniger Verfolgung des Zeitgeistes und der politischen Korrektheit möglichst klein halten wollen“.

Anton Maegerle

VERFASSUNGSSCHUTZ

Leichter Abwärtstrend

NPD Sachsen-Anhalt verliert Mitglieder – Landespartei und JN bleiben aber Dreh- und Angelpunkt der Szene in dem Bundesland.

Die NPD ist nach wie vor die mitgliederstärkste rechtsextreme Partei in Sachsen-Anhalt. Das geht aus dem von Innenminister Holger Hövelmann vorgestellten Verfassungsschutzbericht für 2008 hervor. Die rechtsextreme Partei trat auch 2008 unverändert rassistisch und aggressiv fremdenfeindlich auf. Ihre Agitation war zudem geprägt von Antisemitismus und Revisionismus. Der Mitgliederstand war auch im vergangenen Jahr bei 250 stabil. Seit 2005 hat die NPD in Sachsen-Anhalt keinen nennenswerten Zuwachs verzeichnen können. Weder die vielfältigen Aktivitäten der Partei in der Bundesrepublik noch ihr Wirken in zwei Landesparlamenten oder auf kommunaler Ebene vermochten, die Partei in ihrer Mitgliederentwicklung in Sachsen-Anhalt zu beflügeln.

Im Gegenteil: Der parteiinterne Machtkampf, der die sachsen-anhaltische NPD Ende vergangenen und Anfang dieses Jahres in eine Zerreißprobe und an den Rand der Spaltung geführt hat, hat sich massiv auf die Mitgliederzahl ausgewirkt. „Unser Bericht bezieht sich auf das Jahr 2008“, sagt der Chef des sachsen-anhaltischen Verfassungsschutzes, Volker Limburg. „Seither hat die NPD Dutzende ihrer Mitglieder verloren.“

Dennoch habe der NPD-Landesverband auch 2008 über seine publizistische Arbeit etwa im Internet den Eindruck zu vermitteln versucht, er und seine Jugendorganisation JN verfügten über einen stabilen, homogenen und zielorientiert handelnden Personalkörper voller geistiger und aktionistischer Spannkraft. Die beobachtete Parteipraxis sei dem gegenüber jedoch vergleichsweise ernüchternd, heißt es im Verfassungsschutzbericht. Die Mitgliederzahl stagniert auch bei den JN in Sachsen-Anhalt (rund 50), die einst starken südlichen NPD-Kreisverbände die der Kreisverband Burgenland haben ihren parteiinternen „Vorzeige“-Charakter eingebüßt, die finanzielle Lage der Partei habe sich weiter verschärft, und bei den Bürgermeisterwahlen 2008 konnten NPD-Kandidaten keinerlei nennenswerte Ergebnisse erzielen.

Diese Entwicklung ließ sich auch im laufenden Jahr weiter beobachten. Ihren Wahlkampf zu den Gemeinderatswahlen beschränkte die NPD weitgehend auf das Internet, in der Landeshauptstadt Magdeburg konnten die Kandidaten der Partei kaum mehr Stimmen sammeln als bereits zuvor an Unterstützungsunterschriften für die Kandidatur.

Die insbesondere von den Jungen Nationaldemokraten ausgehende rasante inhaltliche und organisatorische Annäherung von NPD und Neonazi-Szene hat sich auch 2008 weiter fortgesetzt. Vor allem drängen immer mehr Neonazis, die in der Hauptsache bereits die inhaltlichen Aspekte der JN bestimmen, in die Vorstände der NPD-Landes- und Kreisverbände und beginnen, diese zu dominieren. Insbesondere die JN haben im Jahr 2008 ihre Bemühungen um eine Intellektualisierung der Neonazi-Szene fortgesetzt. Neonazis der JN aus Sachsen-Anhalt dominieren zudem den Bundesvorstand des NPD-Nachwuchses.

Insgesamt sei die Zahl der Rechtsextremisten im Jahr 2008 leicht zurückgegangen, sagte Hövelmann. Den größten Anteil an der Gesamtzahl von 1350 Personen bildet mit circa 800 Personen das gewaltbereite subkulturell geprägte Spektrum. Die Neonazi-Szene im engeren Sinne umfasst etwa 240 Personen, die überwiegend in Kameradschaften und ähnlichen Zusammenschlüssen organisiert sind. Bindeglied zwischen diesen Gruppierungen und der NPD sind nach wie vor die JN. Auffällig ist zudem, dass einzelne dieser Gruppierungen unter häufig wechselnden Selbstbezeichnungen agieren, um einem Verbot nach dem Vereinsgesetz zu entgehen.

Auch in Sachsen-Anhalt hat sich die subkulturell geprägte gewaltbereite Szene von ihrer ursprünglichen Skinheadsubkultur entfernt, was sich auch im veränderten äußeren Erscheinungsbild der Szeneangehörigen widerspiegelt. An Bedeutung gewonnen haben hingegen die „Autonomen Nationalisten“, die sich im Stil des äußeren Erscheinungsbildes ohne Berührungsängste aus dem Fundus von Linksautonomen bedienen. Aus der subkulturell geprägten Neonazi-Szene stammt nach wie vor der überwiegende Teil derjenigen Personen, denen rechtsextrem motivierte Straf- und Gewalttaten zugerechnet werden.

Eberhard Löblich

BLICK IN DIE ZEITGESCHICHTE

Späte Erinnerung

Die Ausstellung „Vergessene Rekorde“ im Centrum Judaicum widmet sich dem Schicksal von jüdischen Sportlerinnen in der NS-Zeit.

Schneller als viele andere Organisationen passten sich Sportverbände nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten freiwillig dem neuen System an: So propagierte die Deutsche Turnerschaft bereits im April 1933 die „Vollarisierung“. Innerhalb weniger Monate wurden jüdische Sportlerinnen und Sportler aus ihren Vereinen ausgeschlossen.

Mit der derzeit im Centrum Judaicum in Berlin gezeigten Ausstellung „Vergessene Rekorde“ beleuchtet der Arbeitsbereich Zeitgeschichte des Sports an der Uni Potsdam einen Teilbereich der Judenfeindlichkeit in Nazi-Deutschland, der den allgegenwärtigen Opportunismus der damals herrschenden Politik besonders gut illustriert. Mit Blick auf die Olympischen Spiele 1936 versuchte das System, den Schein zu wahren. So wurde die Gleichbehandlung der jüdischen Sportler behauptet. Und um dem angedrohten Boykott der USA zu entgehen, nominierten die Nazis gar jüdische Sportler/innen in ihr Olympiateam.

Die kompakte, mit vielen Text- und Fotodokumenten ausgestattete Ausstellung bietet neben einem Überblick über die „Sportpolitik“ der Nazis drei ausführliche Sportlerinnen-Porträts: Lilli Hennoch, Martha Jacob und Gretel Bergmann. Alle drei jüdischen Sportlerinnen waren vor 1933 außerordentlich erfolgreich in verschiedenen Disziplinen der Leichtathletik. Lilli Hennoch etwa wurde mehrmals Deutsche Meisterin im Kugelstoßen und errang weitere Titel im Weitsprung und im Diskuswerfen. Die ausgebildete Sportlehrerin wurde 1942 nach Riga deportiert und dort ermordet.

Die gebürtige Berlinerin Martha Jacob war von klein auf sportlich aktiv; mit sechs Jahren als Mitglied des ältesten jüdischen Turnvereins Bar Kochba Berlin, später im Traditionsclub SC Charlottenburg. Auch Martha Jacob erringt in ihren Disziplinen Kugelstoßen, Speer- und Diskuswurf Titel und Meisterschaften. Bereits im April 1933 siedelt die diplomierte Sportlehrerin nach London über, wo sie schon zwei Jahre zuvor die englische Nationalmannschaft der Leichtathletik trainiert hatte.

Nach einer Zwischenstation in Palästina wandert Martha Jacob schließlich 1936 nach Südafrika aus. Auch dort ist sie weiterhin in ihren Sportarten erfolgreich und wird wiederum Meisterin im Speerwerfen.

Gretel Bergmann schließlich, 1914 in Laupheim geboren, gehörte zu den besten Hochspringerinnen ihrer Zeit. Die Nazis machten sie zum Opfer einer besonders perfiden Trickserie: Da die USA wegen der antisemitischen Politik der Nazis mit Boykott der Olympischen Spiele von 1936 gedroht hatten, wurde Gretel Bergmann, die eigentlich für Großbritannien antreten wollte, regelrecht in den deutschen Olympiakader gezwungen. Doch einen Tag, nachdem sich das US-Team Richtung Deutschland eingeschifft hatte, sah sie sich bereits wieder ausgeschlossen – wegen angeblich zu schlechter Leistungen. Dabei hatte Gretel Bergmann kurz zuvor den Deutschen Rekord im Hochsprung eingestellt und galt unter Sportkennern als große Medaillenhoffnung. Auf die Farce der erzwungenen Nominierung mit anschließendem Rauschmiss reagiert das Internationale Olympische Komitee nicht. Gretel Bergmann war schon 1933 nach Großbritannien emigriert. 1937 wanderte sie schließlich in die USA aus, wo sie bis heute mit ihrer Familie lebt.

Lange Zeit, so heißt es in der Ausstellung, habe sich niemand in Deutschland an diese und andere jüdische Sportler/innen erinnert. Erst Ende der 80er Jahre begannen einige Kommunen, auch diese Gruppe in das Gedenken an die Holocaust-Opfer einzubeziehen. Im Berliner Bezirk Prenzlauer Berg wurde etwa 1993 eine Straße nach der in Riga ermordeten Lilli Hennoch benannt. Das Nationale Olympische Komitee Deutschlands erinnerte sich erst 1996 an die einstige Erfolgssportlerin Gretel Bergmann und lud sie als Ehrengast zu den Spielen nach Atlanta ein. Die 1976 in Kapstadt verstorbene Martha Jacob erfuhr nicht mehr von ihrer späteren Würdigung durch ihren Verein SC Charlottenburg.

„Vergessene Rekorde“ wird bis zum 23. August im Centrum Judaicum in der Oranienburger Str. 28–30 in Berlin gezeigt.

Begleitband: Berno Bahro/Jutta Braun/Hans Joachim Teichler (Hg.), Vergessene Rekorde. Jüdische Leichtathletinnen vor und nach 1933, 208 Seiten, 168 Abbildungen, 16,90 Euro.

Gudrun Giese

MELDUNGEN

Aufrüstung für den Krisenfall

Bad Liebenzell/Obersinn – Zwei ehemalige Anhänger der verbotenen „Heimatreuen Deutschen Jugend“ (HDJ) machen Geschäfte mit der Angst vor Wirtschaftskrise, Krieg, Klimawandel und deren Folgen – nicht nur im Kameradenkreis. Der Zivilschutzversand von Sven Ringmayer und Marc Müller hat sich auf Bedrohungsszenarien und möglichen Überlebenskampf spezialisiert und bietet unter anderem Fluchtgepäck, Trinkwasseraufbereitung sowie Survival-Touren an. Die so genannten „Trainings-Expeditionen“ befassen sich mit „Krisenvorsorge“ in Form von „Sicherung von Haus und Hof“ oder „Flucht aus der Stadt“. Mögliche Szenarien lauten: „Anarchie, Bürgerkrieg und Zusammenbruch der Versorgung“ oder Naturkatastrophen. Zum Angebot für rund 490 Euro gehören auch Paintballspiele („Häuserkampf“) in Tschechien und der Besuch eines Schießstandes. Am zweiten Spieltag erfolgt ein „ausgiebiges Schießen mit allen Kalibern“. Die Familie des ehemaligen hessischen NPD-Vorstandsmitglieds Ringmayer, der im bayerischen Obersinn lebt – und die von Marc Müller aus Bad Liebenzell – zählten bis zum Verbot im Frühjahr zu den führenden Anhängern der südlichen „Einheiten“ der Heimatreuen Deutschen Jugend. (ar/mb)

DVU geht in die Offensive

München – Die rechtsextreme DVU hat eigenen Angaben zufolge in 14 Ländern ihre Listen für die Bundestagswahl am 27. September aufgestellt. Lediglich in Mecklenburg-Vorpommern und im Saarland fanden demnach noch keine Wahlparteitage statt. Angaben über die gewählten Kandidaten, die Teilnehmerzahl oder die Veranstaltungsorte der Parteitage macht die DVU bislang nicht. Parteichef Matthias Faust erklärte, weder NPD noch DVU würden einen flächendeckenden Wahlkampf führen können: „Dort wo ein Gegeneinander unvermeidlich ist, wird dies von Seiten der DVU ohne Aggression geschehen.“ Die DVU rief die Leser ihrer Homepage unter der Überschrift „Bundestagswahlprogramm der Neuen Rechten 2.0“ dazu auf, sich mit eigenen Vorschlägen „bei der Erstellung des Wahlprogramms an dieser Stelle zu beteiligen“. Angedacht sei „ein Zehnpunkteprogramm mit den notwendigsten Forderungen“. Christian Worch, der bei der DVU inzwischen als „Organisationsreferent für die Brandenburgische Landtagswahl“ arbeitet, teilte

ergänzend mit, der Landesparteitag in Schleswig-Holstein habe am Montag (20. Juli) entschieden, im nördlichsten Bundesland an der vorgezogenen Landtagswahl teilzunehmen. (ts)

Impressum

Schirmherrschaft:

Ute Vogt (Mitglied des SPD-Präsidiums)

Herausgeber:

Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöfel

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de

Fon: (030) 255 94 174

Fax: (030) 255 94 192

Verlag:

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH

Postfach 610 322, 10925 Berlin

Fon: (030) 255 94 100

Fax: (030) 255 94 192

Abo-Service:

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH

Fon: (030) 255 94 130

Fax: (030) 255 94 199

Mail: vertrieb@vorwaerts.de